



NZZ Online

Donnerstag, 06. November 2008, 15:34:50 Uhr, NZZ Online

Nachrichten > Kultur > Feuilleton

5. November 2008, Neue Zürcher Zeitung

Franco einsperren, Lorca ausgraben

Spanien beschäftigt sich weiterhin ungern mit seiner Vergangenheit

Von Antonio Orejudo

Der Franquismus ist als weiche Diktatur in die Geschichte eingegangen, als ein Regime, das Spanien vierzig Jahre Frieden bescherte. Die Verlierer des Bürgerkriegs wussten es besser, doch die Angst vor Repressalien verschloss ihnen den Mund. Auch Spaniens sogenannte «Transición» zur Demokratie beruhte auf einem Pakt des Schweigens; einem Vergeben, das in Wirklichkeit ein Vergessen war. Die frisch bekehrten Demokraten von 1975 – Francos Todesjahr – waren in der Despotie geformte Politiker, welche auf die eine oder andere Weise mit dem Regime kooperiert hatten. Gedächtnisschwund, wenn nicht Geschichtsklitterung waren die Voraussetzungen für die Selbstverständlichkeit, mit der sie ihre Rolle im neuen demokratischen Staat übernahmen. Heute ist der Partido Popular das Sammelbecken der Erben jener rezyklierten Franquisten, der Gewinner des Bürgerkriegs.

Zweifelhafte Jurisprudenz

Das milde Licht, in dem Francos Regime erscheint, ist sein letzter Triumph und die letzte Ungerechtigkeit, die den Verlierern widerfährt. Doch das Geschichtsbild der Franquisten, die sich über Nacht zu Demokraten wandelten, hat seinen Preis, und dieser Preis heisst Vergessen. Aus der Erinnerung gelöscht wurde dabei die fundamentale Tatsache, dass Franco ein Putschist war, der den von ihm geleisteten Eid, die verfassungsmässige Ordnung zu respektieren, schmähsch gebrochen hatte. Ein Verräter, der mit seinem bewaffneten Aufstand nicht nur einen Krieg auslöste, den er gewann, sondern der hierauf seine politischen Gegner, die als Republikaner das geltende Recht verteidigt hatten, systematisch beseitigen liess. Zu diesem Zweck schuf er die sogenannte «Causa General», eine juristische Unrechtsmaschinerie, die über zwei Jahrzehnte lang all jene zermalmte, die sich – wie es in der Präambel heisst – «unter der roten Herrschaft auf dem nationalen Territorium verbrecherischer Taten schuldig gemacht» hatten. Die «Causa General» war nichts anderes als ein Instrument der Repression und der Rache.

Mochten mit der Rückkehr zur Demokratie auch einige Gesetze in der Absicht erlassen worden sein, erlittenes Unrecht wiedergutzumachen, so wurde doch kaum eines jener Willkürurteile revidiert. Und Schweigen blieb über die Tausendschaften gebreitet, die im Krieg, insbesondere aber in den nachfolgenden Jahren hingerichtet wurden und deren Gebeine bis heute an irgendeinem Wegrand verscharrt sind. Private Organisationen wie die «Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica» unternahmen es als Erste, ohne jegliche staatliche Unterstützung, solch anonyme Gräber zu

öffnen.

Am 31. Oktober 2007 verabschiedete der spanische Kongress mit der «Ley de Memoria Histórica» endlich ein Gesetz, das dieser misslichen Situation abhelfen soll. Die Regierung verpflichtet sich damit zur Anerkennung aller Opfer des Bürgerkriegs und der Diktatur, zur Öffnung der unzähligen Massengräber und zur Beseitigung franquistischer Symbole aus dem Strassenbild. Ausdrücklich nicht vorgesehen ist jedoch die Restituierung materieller Güter. Anders gesagt: Die Familie, die aus ihrem Haus, und der Lehrer, der aus seiner Stellung verjagt wurde, können ihre Rechte nach wie vor nicht einfordern. Wiedergutmachung ja . . . aber lieber nicht zu sehr.

Nach Annahme des Erinnerungsgesetzes liess die Debatte darüber, ob nun auch der legendärste Tote des Bürgerkriegs aus seiner Gruft geholt werden soll, nicht lange auf sich warten. Die Umstände von Federico García Lorcás Ermordung sind weiterhin ungeklärt. Handfeste Fakten fehlen, auch wenn Historiker seit siebzig Jahren versuchen, seine letzten Stunden nachzuzeichnen. Wer gab den Befehl, den Dichter zu beseitigen? Wer verriet ihn, und wer unterliess es, ihn zu retten? Wer führte ihn wohin ab und in Begleitung wessen? Wer schoss? Und vor allem: Liegen Lorcás Überreste wirklich unter jenem Talhang bei Viznar in der Provinz Granada, an dem er, wie man heute annimmt, zusammen mit einem Dorflehrer und zwei jungen Anarchisten exekutiert wurde? Die Nachkommen des ermordeten Lehrers fordern seit Jahren eine Exhumierung. Lorcás Familie hingegen hat sich stets dagegen gesträubt, das vermutliche Grab öffnen zu lassen und zu überprüfen, ob es sich bei den Gebeinen, falls sich solche dort finden, um die des Dichters handelt.

Ein neuer Prozess?

Mitte Oktober hat sich nun Baltasar Garzón – als Untersuchungsrichter wie als Medientalent seit dem Fall Pinochet weltbekannt – für zuständig erklärt, die Anliegen jener Organisationen zu vertreten, welche die unzähligen Fälle von während des Franquismus zum Verschwinden gebrachten Bürgern nicht auf sich beruhen lassen wollen. Als mögliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind sie seines Erachtens nicht verjährt. Garzón hat daher gegen Francisco Franco und 34 weitere Personen Anklage erhoben und die Öffnung von 19 Massengräbern, darunter dem Lorcás, angeordnet. Für den Oberstaatsanwalt der Audiencia Nacional – des Obersten Gerichtshofs – sind die rechtlichen Grundlagen für ein Verfahren gegen den längst verblichenen Diktator hingegen nicht gegeben. Das Amnestiegesetz von 1977 erklärt «sämtliche vor dem 15. Dezember 1976 aus politischen Gründen begangenen, nach heutigem Recht strafbaren Handlungen, wie schwerwiegend ihre Folgen auch immer seien», für juristisch nicht belangbar. – Die definitive Entscheidung, ob Garzón dem Franquismus den Prozess machen darf oder nicht, steht noch aus.

Würde und Frivolität

Kein Land kann seine Geschichte auf der Fälschung seiner Vergangenheit aufbauen. Nicht weil dies unmoralisch ist, sondern weil es – wie unmoralisch auch immer – unmöglich ist. Früher oder später tritt die Vergangenheit ans Licht, und die Gemordeten ziehen ihre Mörder zur Rechenschaft. Auch ewige Schmach und anhaltende Schmähung sind keine Zukunftsgrundlage: Oder sollten jene, die einst den Rechtsstaat und die republikanische Ordnung verteidigten, als «die Roten» in die Geschichte eingehen? Sie müssen ihre Würde wie auch ihr Hab und Gut wiedererlangen. Ihr Einsatz und ihre Courage verdienen Anerkennung. Die Nachfahren der in Massen verscharrten Opfer haben das Recht, die Öffnung der Gräber zu fordern. Der spanische Staat

wäre dazu längst verpflichtet gewesen, ohne dass ihn eine richterliche Anordnung dazu zwänge. Man hat sich davor gescheut, weil die Baumeister der neuen Demokratie und Erben des Franquismus dessen wahres Antlitz vor der Geschichte verbergen zu können vermeinten: das eines blutrünstigen Unrechtsregimes, das seine Widersacher nach dem Bürgerkrieg physisch und moralisch zu vernichten trachtete.

Durch die Öffnung der Schädelstätten seiner Opfer wird deutlich, auf welche Weise Franco sein vierzigjähriges Friedensreich begründet hat. Ihm und seinen Generälen nachträglich den Prozess zu machen, ist indessen überflüssig und wäre widersinnig, ja eine Frivolität: insofern, als die spanischen Justizbehörden damit ihre ohnehin prekären Mittel für eine symbolische Übung verschwenden würden, während unzählige wirkliche und dringliche Rechtsfälle darauf warten, dass sich ihrer ein Richter annimmt.

Antonio Orejudo, geboren 1963 in Madrid, ist Historiker und Schriftsteller. Auf Deutsch liegt von ihm der Roman «Feuertäuber» (2006) vor. – Aus dem Spanischen von jak.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/kultur/feuilleton/franco_einsperren_lorca_ausgraben_1.1218719.html

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung oder Wiederveröffentlichung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.
